

Zeitenwende oder Zeitreise?

Das strategische Recycling der Abschreckung

von Kiflemariam Gebre Wold

Die sicherheitspolitische Debatte im Frühjahr 2026 ist wie eine Fahrt in einem historischen Spiegelkabinett: Moderne Begriffe und neue Technologien rahmen ein Narrativ, dessen Kernelemente schon einmal die politische Bühne beherrschten. Das Bundeskanzleramt und regierungsnahe Institute propagieren das 5-Prozent-BIP-Ziel als Antwort auf die russische Aggression. Nun meldet sich aus einer überraschenden Richtung Widerspruch: Greenpeace hat mit der Studie „Gut gerüstet?“ ein Papier vorgelegt, das die Organisation erstmals klar in die Arena der Militärstrategie trägt. Die Botschaft klingt frisch, präsentiert aber ein altes Rezept.

Max Mutschler (BICC) trennt in seinem Entwurf prägnant zwischen zwei Abschreckungslogiken: Deterrence by Punishment, die Abschreckung durch die Drohung empfindlicher Vergeltung, und Deterrence by Denial, die Abschreckung durch die Verweigerung erfolgreicher Angriffe. Während die NATO in den letzten Jahrzehnten vor allem auf Eskalationsdominanz und die Fähigkeit zum tiefen Gegenschlag setzte, fordert Greenpeace in seinem Papier eine „pure Abwehr“. Die militärische Form dieser Idee lässt sich klar und deutlich visualisieren: ein Igel-Modell – hochgerüstete Flanken, geringe offensive Reichweite, Systeme, die den Gegner am Eindringen hindern sollen, ohne sich selbst in eine Boden-zur-Terrain-Bedrohung zu verwandeln.

Historisch ist belegt, wie es zu dieser Versicherung gegen offensive Kapazitäten kam. In den 1980er Jahren wurde unter dem Stichwort „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ eine ähnliche Logik diskutiert: eine Armee zu bauen, die robust die eigenen Grenzen verteidigt, dabei aber bewusst unfähig bleibt, fremdes Territorium anzugreifen. Greenpeace nutzt dieselbe Idee, verpackt sie in moderne Schlagwörter – Drohnenschwärme, intelligente Minensperren, mobile Luftverteidigung – und gibt ihr so ein modernes Gesicht. Das macht das Konzept politisch anschlussfähiger: Es ist technologieaffin, vermeintlich ökologisch vertretbar und finanziell verlockend.

Letzteres ist der Schlüssel zum Erfolg: Die Studie garantiert „asymmetrische Effizienz“. Statt Milliarden in kolossale Offensivprojekte wie den FCAS oder schwere

Panzerdivisionen zu pumpen, sollten wir auf vergleichsweise günstige, agile Systeme setzen und den entstehenden Spielraum in Sozial- und Klimainvestitionen lenken. In Zeiten fiskalischer Zwänge und der Debatte um die Schuldenbremse ist dieses Versprechen ein Befreiungsschlag: Sicherheit ohne Verzicht auf Sozialstaatlichkeit. Es ist nicht überraschend, dass dieses Papier Beachtung findet – es bietet eine Antwort, die militärische Absicherung und progressive Politik auf erstaunliche Weise vereint.

Aber der Schein trügt. Die Unterscheidung zwischen defensiv und offensiv ist technologisch oft künstlich – das ist Fakt! Drohnen, autonome Systeme und intelligente Netzwerke sind per se dual-use: Die gleiche Plattform, die heute zur Abwehr feindlicher Panzerketten dient, kann morgen zur Disruption gegnerischer Versorgungswege, zur Sabotage kritischer Infrastruktur oder zur gezielten Ausschaltung von Kommandoposten genutzt werden. Die vermeintliche „Reinigung“ militärischer Macht durch Entzug des Offensivmoments ist eine Illusion – die offensive Nutzbarkeit bleibt nämlich latent vorhanden.

Es ist offensichtlich, dass das Modell das Sicherheitsdilemma unterschätzt. Jede signifikante Aufrüstung, selbst wenn sie defensiv deklariert wird, sendet Signale an den Nachbarn: Man bereitet sich vor. In internationalen Beziehungen ist die Intentionsdeutung oft vorschnell und pessimistisch. Technische Verbesserungen werden schnell als potenzielle Grundlage für künftige Aggression gelesen. Eine Technologie, die innenpolitisch als kosteneffiziente Verteidigung verkauft wird, wird extern als Bedrohung interpretiert. Das führt zu Gegenmaßnahmen. Das ist die klassische Rüstungsspirale in neuer Verkleidung.

Aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit ist das Greenpeace-Papier deshalb ambivalent. Taktisch ist es klug: Indem man der militaristischen Logik mit ihren eigenen Konzepten begegnet, verlagert man die Debatte und kann kritische Fragen platzieren. Strategisch besteht jedoch die Gefahr, dass man die politische Dimension eines europäischen Nachbarschaftskonflikts an technische Antworten delegiert. Militärische Instrumente sind

Instrumente der Gewalt. Sie lösen keine strukturellen Ursachen von Konflikten.

Eine ernsthafte europäische Antwort muss daher weiter denken. Es geht nicht allein um die Frage, welche Waffensysteme sinnvoll sind, sondern um die Architektur der Sicherheit in Europa. Dafür brauchen wir transparente, verifizierbare Vertrauensmechanismen, eine neue Politik der Nachbarschaft – wirtschaftlich, diplomatisch und rechtlich –, und wir müssen erhebliche Investitionen in zivile Resilienz tätigen: Katastrophenschutz, Energie- und Ernährungssicherheit, robuste Infrastruktur und soziale Kohäsion. Solche Maßnahmen sind langsamer, unglamouröser und politisch schwieriger durchzusetzen als technologische Lösungen, aber sie greifen an den grundlegenden Ursachen von Unsicherheit an.

Für disruptive Technologien brauchen wir klare Regelwerke: klare Normen für den Einsatz autonomer Systeme, Exportkontrollen und Transparenzpflichten, die Misstrauen mindern. Es ist offensichtlich, dass die „ökologische“ Rechtfertigung von Rüstung ohne entsprechende Maßnahmen ein moralisch problematisches Konstrukt bleibt. Der Verteidigungshaushalt wird durch solche Maßnahmen gegen Kritik immunisiert, ohne dass wirklich Alternativen geschaffen werden.

Die politische Kraftprobe liegt nicht allein zwischen Befürwortern teurer Offensivwaffen und Verfechtern günstiger Defensive. Es liegt in der Entscheidung, ob man militärische Logik weiterhin zum Kern staatlicher Sicherheitsvorsorge macht oder ob man langfristig in politische Ordnungsmodelle und menschliche Sicherheit investiert. Wer Frieden ernst meint, darf nicht bei der Perfektionierung des „Igels“ stehen bleiben. Der Igel kann Grenzen sichern, aber er kann nicht Nachbarschaften gestalten, Vertrauen herstellen oder ökonomische Ungleichheiten glätten, die Konflikte nähren.

Die Greenpeace-Studie ist von entscheidender Bedeutung, da sie die Debatten in die richtige Richtung lenkt und Zuwendungen zu alternativen Konzepten erzwingt. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie Europa seine Sicherheit politisch und nicht nur militärisch ordnen will, ist mehr als notwendig. Zeitenwende oder Zeitreise – die Versuchung, alte Antworten neu zu labeln, ist groß.

Ein Paradigmenwechsel erneuert nicht nur den Mörtel, er reißt die Mauer ein.

30 Jahre



Save the Date: 8.8.26

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wurde 1996 gegründet und sieht sich seither als Mittler zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung mit einem klaren Fokus auf der Kritik an der Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Die IMI besteht damit seit mittlerweile 30 Jahren, ist in dieser Zeit deutlich gewachsen und ihren Inhalten treu geblieben. Viele der Gründungsmitglieder sind weiterhin bei uns aktiv, viele sind neu hinzugekommen und noch mehr haben uns eine Zeit lang begleitet. Angesichts der Weltlage ist uns einerseits nicht nach feiern zumute. Schöner wäre es, wenn es die IMI nicht mehr geben müsste. Ein guter Anlass für einen Rück- und Ausblick, ein Wiedersehen mit alten und neuen Mitstreiter*innen ist so ein runder Geburtstag doch allemal.

Deshalb bitten wir Euch, folgenden Termin festzuhalten: Am **Samstag, 8. August 2026** wird in Tübingen nicht nur unsere IMI-Mitgliederversammlung stattfinden, sondern anschließend auch eine öffentliche Feier zum 30-jährigen Bestehen der IMI!

Ein genaueres Konzept oder Programm für die Veranstaltung haben wir noch nicht – freuen uns aber über Beiträge aus der Mitgliedschaft und unserem friedenspolitischen Umfeld. Das können zum Beispiel auch kleine Anekdoten sein, wie Ihr auf IMI gestoßen seit, mit der IMI zu tun hattet, was Euch in Erinnerung geblieben ist oder vielleicht auch gestört hat. Schickt uns solche kurzen Texte gerne per Post oder Mail zu. Das dürfen gerne auch Überlegungen sein, was Ihr von der IMI für die kommenden Jahre erwartet oder was in Euren Augen friedenspolitisch die größten Herausforderungen sind.

Vor allem aber, freuen wir uns, Euch am 8. August begrüßen, bewirten und uns mit Euch austauschen zu können. Das gilt explizit und insbesondere auch für ehemalige Mitstreiter*innen und Wegbegleiter*innen, die vielleicht mittlerweile andere Wege gegangen oder uns schlicht aus den Augen verloren haben.